

Neuer Lebensstil und wirtschaftliche Gerechtigkeit

— Einsichten aus der Lebensstil-Diskussion —

VON RICHARD BOECKLER

Es war auf einer Akademie-Tagung über neuen Lebensstil. Am ersten Abend, als man um 18.30 Uhr zum Essen ging, war am Eingang des Speisesaals ein verdeckter Karton aufgestellt, aus dem jeder Teilnehmer eine Karte ziehen mußte — die Karten waren rot, grün oder gelb. Dann setzte man sich zu Tisch. Die eine rote Karte gezogen hatten — es waren nur wenige, acht oder zehn Teilnehmer — sahen sich an zwei Tische gewiesen, auf denen Bestecke und Gedeck für ein volles Menu lagen. Es gab: Vorspeise — Suppe — Hauptgericht mit Steak und Gemüse — Nachtisch. An den verschiedenen anderen Tischen ging es bescheidener zu: die mit den grünen Karten erhielten eine Schale mit Reis und Sauce, die mit den gelben — nichts.

Die ungewöhnliche Tischgemeinschaft war ein Experiment. Sie sollte ein Bewußtsein vermitteln von der tatsächlichen Ernährungssituation auf der Welt und zugleich die Mahnung veranschaulichen, die Charles Birch 1975 an die Delegierten auf der 5. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Nairobi gerichtet hatte: „The rich must live more simply in order that the poor simply can live“ („Die Reichen müssen einfacher leben, damit die Armen überhaupt leben können“)¹. Oder wie dann die Sektion VI der Vollversammlung formulierte: „Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben“².

Dieses Rezept, das sich bei einem Akademie-Abendbrot relativ einfach durchspielen läßt, stößt in der entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Praxis allerdings auf eine Fülle von Schwierigkeiten. Die ÖRK-Vollversammlung von Nairobi selbst hatte ihrer Maxime vom Beschneiden des Wohlstandes immerhin eine Reihe technologischer und wirtschaftspolitischer Einzelheiten vorausgeschickt, Hinweise auf die Rohstoffsituation, Ziffern über das Bevölkerungswachstum, Anmerkungen zur Agrartechnologie, zur Marktwirtschaft, zu Energietechnologien und überhaupt zur „Ethik einer gerechten und lebensfähigen Gesellschaft“.

Aber ist die Frage des Reichtums auf der einen, der Armut auf der anderen Seite überhaupt ein Problem des Lebensstils? Ja, wäre ein Programm für einen einfacheren Lebensstil nicht sogar unrealistisch? Würde es nicht, wenn breite Bevölkerungsschichten es befolgen, einen Kollaps unserer auf Wachstum gestellten Wirtschaft herbeiführen? Und wenn es denn wirklich um ein angemessenes Wirt-

schaftswachstum gehen soll, „ohne daß dabei unser Planet geplündert und die Schöpfung zerstört wird“: berührt solch ein Programm dann nicht eher „Fragen der Technologie, der Wirtschaftspolitik und im weitesten Sinne der Demokratie in unserer Gesellschaft“, nicht jedoch die Frage eines neuen Lebensstils?³

Die Fragen stehen im Raum. Aber auch erste Antworten sind inzwischen gegeben worden. Die Lebensstil-Diskussion selbst hat neue Impulse erhalten. Die Vollversammlung von Nairobi stand unter dem Eindruck des Bukarest-Reports 1974 („Die Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Entwicklung des Menschen: Ungewisse Zukunft und christliche Hoffnung“), in weiterer Hinsicht auch unter dem Eindruck der Berichte des Club of Rome. Aber 1976 folgte die IV. Welthandelskonferenz (UNCTAD IV), und das Memorandum, das die „Gemeinsame Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen“ (GKKE) damals unter dem Titel „Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung“ an die Bundesregierung richtete, warf die Lebensstilfrage erneut in die Debatte⁴. Etwas später machte die ÖRK-Kommission für Kirchlichen Entwicklungsdienst „Alternative Lebensstile“ zum Thema zweier Workshops.

Noch vehementer aber regte sich die Frage in den verschiedenen Gruppen der Lebensstilbewegung, die inzwischen hervorgetreten waren: der Volksaktion „Zukunft in unseren Händen“ (Norwegen), der „Ökumenischen Initiative EINE WELT“ (Bundesrepublik) und, vom Niederländischen Kirchenrat 1974 initiiert, der Aktion „Neuer Lebensstil“. Dabei zeigte sich, daß nicht allein die Lebensstilfrage, sondern darüber hinaus die Veränderungsprozesse selbst ein Problem darstellen, daß sie bei Freunden wie Gegnern eines neuen Lebensstils zu einseitigen Positionen und Urteilen führen. H. M. de Lange vom Niederländischen Kirchenrat trifft in einer Zwischenbilanz über zwei Jahre Aktion „Neuer Lebensstil“ genau diesen Punkt: „Wir haben, etwas vereinfacht dargestellt, die folgende Situation: Immer wieder stoßen wir auf Leute, die von den notwendigen Veränderungen nicht nur fest überzeugt sind, sondern sich auch den Anschein geben, als hätten sie sowohl für das Wie als auch für das Ergebnis bereits die fertigen Rezepte in der Tasche. Ihre Einstellung neigt ein wenig zur Intoleranz, leider mit einem fatalen Resultat, vor allem, was den Effekt der Bewußtseinsbildung angeht: Die Gegner von Veränderungen des Lebensstils, aber auch die Zögernden sehen und fühlen sich in die Ecke gedrängt, anstatt daß man Zeichen der Hoffnung für sie setzt. Die Zahl derer, denen an der Erhaltung des Status quo liegt, wird so vergrößert, während wenig Verständnis für die Notwendigkeit eines Wandels unserer Lebensgewohnheiten geweckt wird“⁵.

Trotzdem, für das Thema der wirtschaftlichen Gerechtigkeit lassen sich inzwischen eine Reihe von Einsichten formulieren, die sich größtenteils dieser Lebensstil-Diskussion verdanken — sie sollen uns unter folgenden Gesichtspunkten be-

schäftigen: Neuer Lebensstil und wirtschaftliches Wachstum — Binnenorientierte Dritte-Welt-Wirtschaft. Abbau des Militarismus — Modellrechnungen zum Lebensstil.

1. Neuer Lebensstil und wirtschaftliches Wachstum

Das Ergebnis, das die Lebensstil-Debatte in dieser Hinsicht gebracht hat, betrifft uns vielleicht an einem allerpersönlichsten Punkt: Wie denn würde sich eine Reduzierung des Konsums auf die eigene wirtschaftlich-soziale Situation auswirken? Was für Folgen würde es für uns haben, wenn große Mehrheiten der Bevölkerung mit einem Mal ihr Auto in der Garage ließen, den Stromverbrauch reduzierten und ihren privaten Luxus erheblich einschränkten? Wir alle wissen, daß in dem vielfältigen Gefüge unserer Marktwirtschaft die Faktoren miteinander zusammenhängen. Sinkt der Konsum, dann bedeutet das weniger Produktion, und weniger Produktion bringt die Arbeitsplätze in Gefahr, auf lange Sicht möglicherweise auch die mühsam errungenen sozialen Sicherheiten. Es sei gleich vorweg gesagt, daß dieser Punkt gravierend ist und daß an dem von Wilhelm Fahlbusch umschriebenen Grundsatz nicht zu rütteln ist: „Ökonomisch gesehen wirken sich Konsumverzicht und Reduktion der Einkommen als Rückgang der privaten Investitionen aus. Das aber hat in der empfindlichen Automatik unserer Wirtschaft auch einen Rückgang der *unternehmerischen* Investitionen und schließlich eine allgemeine Verknappung der Geldmittel überhaupt zur Folge, die bis in den Dienstleistungssektor und auf den Arbeitsmarkt durchschlägt“⁶.

Aber näher besehen stellt sich doch die Frage, ob unser tatsächlicher Lebensstil uns denn wirklich das Leben bringt, das auch der Forderung nach Qualität des Lebens standhält. Die das bezweifeln, haben dafür begründete Argumente: Hat nicht die einseitig auf Konsum gestellte Art unseres gesellschaftlichen Lebens erhebliche Nachteile gebracht? Wohlstandsverwahrlosung, Sinnverlust, Alkoholismus, Konsumrausch, Entwurzelung, Zerstörung der Umwelt — sind das alles nicht Erscheinungen, mit denen unsere westliche Überflußgesellschaft ihren Lebensstil bezahlen muß? Ein Teil der Krankheiten, die unser Gesundheitswesen allmählich unbezahlbar machen, sind Folgeerscheinungen eines übersteigerten Konsums. Und wenn es stimmt, daß unser gegenwärtiger und künftiger Energiebedarf nur durch forcierten Bau von Kernkraftwerken gedeckt werden kann, daß aber andererseits die Gefahren einer solchen Entwicklung noch gar nicht recht zu übersehen sind, dann sehen wir unseren Lebensstil auch von dieser Seite her in Frage gestellt. Die Konsum- und Überflußgesellschaft erscheint keineswegs als das Ideale. Glücklicher, erfüllter wäre vielleicht „ein einfacheres, bescheideneres, mehr kreatives und gemeinschaftsbezogenes Leben“, wie es der „Ökumenischen Initiative EINE WELT“ vorschwebt. „Ein Leben, das weniger als bisher von Hast, Kon-

sum, Prestige, Konkurrenz, Verkürzung der Arbeit und Verlängerung der Freizeit, von Anonymität geprägt ist.“

Das ist der Punkt, und wenn der Einwand zutrifft, dann ist um so nachdrücklicher zu fragen, ob Konsumverzicht, Änderung des Lebensstils und damit der Produktionsstrukturen wirklich gleichbedeutend sein müßten mit Produktionsstopp, Nullwachstum, Regression und im Gefolge davon mit Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit. Das Mißverständnis erklärt sich vielleicht im Blick auf eine bestimmte Phase und bestimmte Argumentationen der Lebensstil-Debatte. Manche Überlegungen — man muß Wilhelm Fahlbusch wiederum dankbar sein, daß er darauf hinweist — erwecken nämlich ganz den Eindruck, als würden hier christliche Apologeten des neuen Lebensstils gleichsam als moderne Savonarolas allen Reichtum der westlichen Welt überhaupt verdammen, wobei sie nur vergessen, daß ihre wohlfeilen Rezepte sich an einem vorindustriellen Bewußtsein orientieren, „das über Jahrhunderte hinweg durch die Lebensbedingungen der Agrargesellschaft mit entsprechenden Wertvorstellungen gewissermaßen gefüttert worden ist“ (a. a. O., S. 15). „Das Menschsein beginnt erst mit dem Luxus“, pointierte Ortega y Gasset, und Fahlbusch setzt hinzu, daß „die industrielle Ökonomie zumindest die Möglichkeit bietet, diese Humanisierungsfunktion des ‚Luxus‘ zu demokratisieren“ (S. 15).

Was also dann? Die unumgängliche Korrektur ist in der Lebensstil-Debatte inzwischen erfolgt: Man wird, auch bei einer Veränderung unserer Lebensmuster, auf weiteres Wachstum keinesfalls verzichten können, aber dieses Wachstum wird sich neu orientieren müssen, orientieren an Kriterien der Lebensqualität und der internationalen Solidarität, an „Formen solidarischen Lebens, die die Erkenntnis ernst nehmen, daß die Welt eine Einheit ist; die es ermöglichen, universale Gemeinschaft zu leben und die zugleich Formen der Befreiung für die Beteiligten sind“⁷.

In der Praxis würde das bedeuten: Verlagerung der Produktion, nicht Produktionsstopp, sondern ihre Abstimmung auf entwicklungspolitische Ziele ebenso wie ihre Ausrichtung auf höhere Lebensqualität. Oder, um wiederum den Kirchen im UNCTAD IV-Memorandum das Wort zu geben: Veränderte Verhaltensweisen „gewinnen ihre ökonomische Vernunft, indem sie dazu verhelfen, daß statt künstlich gesteigerter Nachfrage nach Überfluß- und Luxusgütern mehr gespartes Geld in Investitionen jener Branchen fließen kann, die entwicklungsfördernd wirken, weil sie eine sachgerechte internationale Arbeitsteilung ermöglichen“ (a. a. O., S. 28).

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Detailfragen einer solchen Umstrukturierung freilich sind auch aus dieser Sicht nicht zu unterschätzen: Änderungen der Wirtschaftsabläufe in den vergangenen Jahrzehnten, die Konsequenzen

zen, die sie für Bauern und kleine Unternehmer gebracht haben, liefern dafür ausreichende Beispiele. Wichtig indes bleibt, daß an der Notwendigkeit weiteren Wachstums festgehalten wird. Wer meint, neuer Lebensstil müsse einfach bloß Verzicht, Einschränkung, Stagnation bedeuten, das Geld auf der hohen Kante gewissermaßen, der befindet sich im Irrtum. „Sein Geld überlegt ausgeben, heißt noch lange nicht, es überhaupt nicht auszugeben“ (H. M. de Lange).

2. *Binnenorientierte Wirtschaft — Abbau des Militarismus*

Wer mit der entwicklungspolitischen Situation vertraut ist, weiß, daß es auch innerhalb der Entwicklungsländer selbst Faktoren gibt, die eine Überwindung der Armut immer wieder verhindern. Die klassische Entwicklungshilfe der 50er/60er Jahre war u. a. auch an solchen Faktoren gescheitert. Sie hatte gemeint, mit Kapitalhilfe nach dem Muster des Marshallplans würden die Entwicklungsländer den großen Sprung nach vorn schon schaffen, dann aber hatten soziale und politische Faktoren diese Hoffnung zunichte gemacht: das Potential an Fachkräften, die die Entwicklung hätten voranbringen sollen, war begrenzt und setzte deshalb auch den Entwicklungsmöglichkeiten Grenzen; Stammes- und Kastenunterschiede verhinderten den Übergang zu einer modernen Gesellschaftsstruktur; ein gut Teil aber von dem, was dennoch erreicht wurde, blieb angesichts der Bevölkerungsexplosion wirkungslos. Eine zielstrebige Bevölkerungspolitik, als flankierende Maßnahme zur Entwicklungshilfe, ist noch immer ein Desiderat. Entwicklungsländer mit dem kleinsten Entwicklungspotential haben die höchsten Geburtenziffern.

Die Lebensstil-Diskussion indessen hat mitbewirkt, daß vor allem zwei weitere Dinge als besondere Belastung für die Entwicklung der armen Länder erkannt wurden. Das erste ist die einseitige Exportorientierung der einheimischen Wirtschaften in der Dritten Welt. Sie hat mit dazu beigetragen, daß die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Dritten Welt das negative Gegenbild zu der Konsum- und Überflußgesellschaft der Industrieländer geworden sind. Dabei war die Exportorientierung der Dritte Welt-Wirtschaft nicht nur den Industrieländern, sondern auch der Dritten Welt selbst durchaus plausibel erschienen. Ermöglichte sie doch eine Arbeitsteilung aufgrund der natürlichen Standortvorteile. Die Industrieländer konnten ihr technisches Wissen, ihre kapital- und knowhow-intensiven Güter anbieten, den bevölkerungs- und rohstoffreichen Entwicklungsländern aber fiel wie von selbst die Rolle der Rohstofflieferanten und der Anbieter von arbeitsintensiven Gütern und Agrarerzeugnissen zu. Aber den erhofften Vorteil bringt diese ausschließlich auf Export hin orientierte Wirtschaft nicht. Nicht nur, daß hier kaum Wachstumsimpulse zu erwarten sind, daß die Ressourcen personeller und materieller Art nicht ausreichend

genutzt werden: Die Abhängigkeit von der westlichen Industrie und insbesondere von den multinationalen Konzernen wird geradezu festgeschrieben. Und für die Zukunft sind die Aussichten noch trüber: Da in den Industrieländern zahlreiche klassische Rohstoffe durch Ersatzstoffe verdrängt werden, da bessere Produktionstechniken eine größere Rohstoffersparnis ermöglichen, wird der Markt für solche Erzeugnisse enger. Was die Entwicklungsländer unter diesen Umständen brauchen, ist eine Umstrukturierung ihrer Wirtschaft, eine an der Binnen- nachfrage orientierte Industriestruktur, die neue Märkte in der Dritten Welt erschließt und damit eine gewisse Eigenständigkeit innerhalb des Weltmarktes verspricht. Was das für die Entwicklungspolitik der Industrieländer bedeutet, beschreibt Karl-Heinrich Rudersdorf: „Das hieße u. a. konsequentes Umschalten aller Fördermaßnahmen auf die Stärkung des Binnenmarktes und des regionalen Austauschs zwischen den Entwicklungsländern. Der weitgehend internationalisierte Exportsektor sollte nicht noch weiter gefördert werden. Das Konzept der ‚Wachstumsinseln‘ muß endgültig als gescheitert erkannt werden, da stark entwickelte, moderne Sektoren die Abhängigkeit vom Weltmarkt und damit auch die bereits ins beinahe unermesslich gestiegene Verschuldung der Entwicklungsländer nur noch immer mehr vergrößert“⁸. Eine raschere Industrialisierung ist damit ebenfalls gefordert, wenn auch nicht unbedingt der Export modernster Industrieanlagen an die Dritte Welt. Förderung der Kleinindustrie auf dem Lande, ihre Einpassung in die ländlichen Strukturen, angepaßte Technologien also, entsprechen eher der entwicklungspolitischen Situation.

Aber der Abbau der einseitigen Exportstruktur ist nur ein wichtiges Erfordernis unter anderen. Mindestens ebenso entscheidend dürfte ein zweites sein: Der Abbau des Militarismus. Auch diese Forderung ergibt sich zwangsläufig aus der Lebensstil-Problematik. Wer durch Konsumverzicht Ressourcen sparen will, darf sie nicht durch unproduktive Rüstungsgüter wieder verschwenden. Und wer die Solidarität aller Menschen in der Welt beschwört, darf es nicht hingehen lassen, daß durch Ausfuhr von Waffen und Waffensystemen angespannte politische Situationen verschärft werden. Dazu kommen die negativen wirtschaftlichen Folgen, die der Militarismus auch in der Dritten Welt bringt. „Es ist absehbar — so eine Analyse im Zusammenhang mit dem UNCTAD IV-Memorandum der Kirchen —, daß auch im besten Falle eine ‚Neue Ordnung‘ nicht zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt führen wird“⁹.

Einige Zahlen erhellen die Situation: Die 100 bis 150 Kriege oder kriegsähnlichen Auseinandersetzungen seit 1945 ereigneten sich fast alle auf dem Boden der Dritten Welt. Während die Truppenstärken in NATO und Warschauer Pakt seit 1960 einigermaßen konstant blieben, stellen die Entwicklungsländer von den über 25 Millionen Soldaten in der Welt bereits einen Anteil von 60 Prozent.

Entsprechend sind ihre Militärausgaben seit 1960 doppelt so schnell gestiegen wie das Sozialprodukt. Aber das ist nicht das Einzige: da fast die Hälfte aller Entwicklungsländer von Militärregimen geführt wird, sind Militär und Wirtschaft meist eng verflochten. Militärs in Aufsichtsräten, Fabriken, die der Armee gehören, Militärakademien, die Offiziere in der Kontrolle industrieller Arbeitsprozesse ausbilden: dies, wie auch eine vermehrte Rüstungsproduktion gehört zu der Szenerie in den unterentwickelten Ländern. In über vierzig von ihnen wurden Anfang 1976 Rüstungsgegenstände hergestellt, in manchen nicht nur einfache Waffen, Gewehre und Munition, sondern moderne Waffensysteme: Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Schnellboote, Panzer, Lenkwaffen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, wie sehr das Problem des Ost-West-Gegensatzes mit dem Militarismus-Problem in der Dritten Welt verknüpft ist. Um so mehr wird man de Lange Recht geben müssen, wenn er dafür plädiert, die Lebensstil-Problematik nicht nur auf die drei Bereiche: ungerechte Wirtschaftsstruktur, Rohstoffhaushalt, Überflußgesellschaft zu beschränken, sondern die Rüstungsproblematik ausdrücklich einzubeziehen: „Immer mehr werden wir uns dessen bewußt, daß es wenig glaubwürdig ist, von Rohstoffverschwendung zu sprechen, wenn wir nicht gleichzeitig die Aufmerksamkeit auf die Rüstungsausgaben lenken, die eine noch stärkere Wachstumstendenz zeigen. Das der Rüstung inhärente Wachstum bindet immer mehr Kräfte an die Produktionsprozesse der Rüstungsindustrie, was wiederum die Probleme vergrößert, die Ausgaben in diesem Bereich zu verringern.“

3. Modellrechnungen zum Lebensstil

Den überzeugendsten Beitrag bringt die Lebensstil-Diskussion da, wo sie die Beziehungen zwischen den Konsumgewohnheiten der Reichen und der Hoffnungslosigkeit der Armen aufdeckt. Die meisten Aktionen und Initiativen der Lebensstilbewegung zielen auf diesen Aspekt; sie wollen sensibilisieren, nicht schon fertige Rezepte für eine bessere Lösung parathalten. Denn — so die „Ökumenische Initiative EINE WELT“ — „die Lösung einiger Probleme ist so schwierig, daß die qualifiziertesten Kräfte bisher erst Erkenntnisse darüber gewonnen haben, was alles *nicht* sinnvoll ist und *nicht* geht, aber noch wenig positive Hinweise geben können“ (Ökumenische Initiative EINE WELT — Info 1). Dazu einige Modellrechnungen, bezogen auf wirtschaftspolitisch wichtige Erzeugnisse und Rohstoffe, wie Holz und Papier, Fleisch und Getreide, Öl und ölabhängige Produkte — sie deuten nicht nur an, in welche Richtung Produktionsstrukturen und Konsumgewohnheiten bei uns möglicherweise zu ändern wären; sie machen auch deutlich, daß ein Fortschreiten bestimmter Konsumge-

wohnheiten viele Entwicklungsländer in die hoffnungsloseste Situation bringen würde.

Das letztere zeigt sich besonders deutlich im Blick auf die Ölwirtschaft. Wer bei uns an den Ölschock vom Oktober 1973 zurückdenkt, tut das meist mit der stolzen Genugtuung darüber, wie gut die bundesdeutsche Wirtschaft die Folgen der Ölpreiserhöhung verkraftet hat. Bei den Entwicklungsländern sah es anders aus. Finanziell meist nicht in der Lage, den hohen Ölpreis zu zahlen, mußten sie sich weiter verschulden, und in Afrika, Asien und Lateinamerika, wo die Schuldenlast zusammengenommen von 100 Milliarden Dollar Ende 1973 auf 200 Milliarden Ende 1976 anstieg, müssen jetzt die meist kümmerlichen Exporterlöse gut zur Hälfte wieder für die Amortisation und Verzinsung der Schulden ausgegeben werden. Manche Bewässerungspumpe steht still, die Bauern können das Öl nicht mehr bezahlen. Der Kunstdünger, auf Ölbasis hergestellt, ist für viele Bauern in den ärmsten Ländern ebenfalls unbezahlbar geworden. Und in Zukunft wird das Öl nicht billiger. Einmal, weil die Nachfrage den Preis nach oben drückt, zum anderen, weil zur Gewinnung mehr investiert werden muß. In der Nordsee sind Investitionen um ein Vielfaches höher als seinerzeit in Libyen oder Kuwait.

Die Konsequenz dieser Entwicklung ist klar: Je mehr wir zur Ölnachfrage beisteuern, um so unerschwinglicher wird das Öl für die rohstoffarmen Länder unter den Ländern der Dritten Welt. Mit Erhard Eppler kann man nur immer wieder den Finger auf diesen wunden Punkt legen: „Wenn wir weiterhin meinen, wir müßten in Luftkurorten vollklimatisierte Krankenhäuser bauen, wenn wir am Sonntag unseren Kaffee zwei Autostunden vom Wohnort entfernt trinken müssen, dann sollten wir wenigstens wissen, daß dies auf Kosten der Menschen geht, die ohnehin um ihre nackte Existenz ringen“¹⁰. Ein Wagen, der die Autobahnstrecke von Köln nach Frankfurt mit 170 km/h statt mit 100 zurücklegt, trägt dazu bei, daß irgendwo in Nigeria eine Bewässerungsanlage stillstehen muß. Man kann, das machen die in der Lebensstil-Debatte vorgelegten Modellrechnungen deutlich, davon ausgehen, daß ein erhöhter Konsum bestimmter Güter existenzbedrohende Verteuerungen in den Entwicklungsländern auslöst.

Aber nicht nur diesen Zusammenhang haben die Modellrechnungen der Lebensstilgruppen erhärtet, sie zeigen zugleich auch, welche Einflußnahmen auf die Preisgestaltung solch „strategisch“ wichtiger Rohstoffe und Produkte durch Änderungen des Konsumverhaltens sowie der Produktionsstrukturen möglich werden könnten. Ein Beispiel — die Preisgestaltung für Holz und Papier. Da in den letzten Jahrzehnten in Westafrika, Lateinamerika und Südostasien große Waldbestände rücksichtslos abgeholzt worden sind, sind inzwischen die Preise für Holz und Papier so angestiegen, daß manche Länder in der Dritten Welt,

z. B. in Westafrika selbst, Not haben, das Papier für die Schulbücher ihrer Kinder zu bezahlen. Wir, dank unserer Devisenreserven und dank unseres Wohlstandes, können es uns trotzdem leisten, nach Bedarf Holz, Papier oder Zellulose einzuführen, das beste Briefpapier zu kaufen und alte Zeitungen und Illustrierte in den Müll zu geben. Aber könnten wir nicht auch das Altpapier wiederverwenden? Die Probleme des Recycling wären zu bedenken: Welche Produkte gibt es, die man aus Altpapier herstellen könnte? Sollte man Wiederverwertungsanlagen bauen — kleine in größerer Zahl, regional gestreut, um die Transportkosten niedrig zu halten? Und sollte der Staat solche Bauprojekte durch Kredite fördern?

Die bemerkenswerteste Modellrechnung betrifft den Markt von Fleisch, Butter und Getreide — sie will eine Drosselung der Fleischproduktion anregen und, weil dadurch indirekt auch der Verbrauch an Futtergetreide zurückgeht, zur Regulierung des Getreidepreises beitragen. Die Fakten dafür: Der Bundesbürger verbraucht fünfmal mehr Getreide als ein Durchschnittsbewohner der Dritten Welt; er verbraucht dieses Fünffache indirekt über den Konsum von Fleisch, Milch und Butter. Aber nicht nur das, die Europäische Gemeinschaft produziert darüber hinaus auch zuviel Eiweißprodukte (Fleisch, Milch), so daß allein die Lagerhaltung bei Milch den europäischen Steuerzahler jährlich 7 Milliarden DM kostet, gut das Doppelte von dem, was die Bundesrepublik an Entwicklungshilfe leistet. Eine widersinnige Situation. Natürlich könnte man nun die Fleisch- und Butterüberschüsse einfach an die Hungernden abgeben. In Katastrophenfällen geschieht das auch, ebenso bei großen Bauvorhaben, wo man Tausenden von Bauarbeitern einen Teil des Lohnes in kräftiger Nahrung gibt. Sonst aber ist dieser Weg problematisch. Nicht nur, weil vieles verdirbt oder weil manche in Europa üblichen Fleischsorten den religiösen Traditionen anderer Länder widersprechen: große Mengen an Agrarprodukten, an die Dritte Welt abgegeben, bringen dort die Agrarmärkte durcheinander, und die Bauern müßten wiederum darunter leiden.

Die bessere Lösung betrifft den Lebensstil und zielt auf den Druck des Getreidepreises. Daß er niedrig bleibt, darauf ist man in der Dritten Welt angewiesen. Jahrelang war er zu hoch, und für viele wurde dadurch die Schwelle vom Hungern zum Verhungern überschritten. Jetzt, wo es in den USA und in Indien gute Ernten gegeben hat, ist er wieder gesunken. Als er zu hoch war, lag er zeitweise sogar über dem der Europäischen Gemeinschaft, und die Europäische Gemeinschaft konnte Exportgewinne für die eigenen Kassen erzielen. Sollte man diese Erfahrung nicht auswerten, nun aber nicht primär, um mit billig erzeugtem Getreide Gewinne zu erzielen, sondern umgekehrt, um durch billiges Getreide den Weltmarktpreis zu senken? Und könnte man dieses Ziel nicht durch Ein-

schränkung des Fleischkonsums erreichen, weil dann eines Tages die Lagerungskosten für Fleisch- und Milchprodukte so hoch steigen, daß die notwendige Umstellung sich von selbst ergibt?

Die Empfehlungen der Lebensstilgruppen zu weniger Fleischkonsum zielen auf diese Lösung. Sie meinen: Wenn schon Überschüsse in der Europäischen Gemeinschaft, dann nicht solche an Fleisch und Butter, die teuer gelagert werden müssen und sich schlecht verkaufen lassen, dann eher solche an Getreide, das immer wieder knapp wird auf dem Weltmarkt, und wo man mit den Überschüssen zur Senkung des Preises beitragen kann.

4. *Ausblick*

Eine Gesamtbeurteilung der Lebensstil-Diskussion kann vorerst nur vorläufig sein. Zu wenig bewältigt sind für uns viele der angesprochenen Fragen. Und vor allem, was die tatsächliche Auswirkung eines neuen Konsumverhaltens auf die Marktmechanismen betrifft, so scheint es vorerst schwierig, die verschiedenen, dabei wirksamen Faktoren wirklich richtig einzuschätzen, so daß das UNCTAD IV-Memorandum der Kirchen wohl Recht haben wird, wenn es „spürbare Auswirkungen auf die globale Ressourcensituation, auf die Waren- und Finanzströme sowie auf die Ernährungs- und Wirtschaftssituation der Entwicklungsländer“ vorläufig nicht erwartet¹¹.

Trotzdem sind die positiven Aspekte nicht zu übersehen. Schon daß die Lebensstilfrage selbst zum entwicklungspolitischen Thema geworden ist, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Was wirtschaftliche Gerechtigkeit wirklich umfaßt, kann nur im Zusammenhang mit den jeweiligen Lebensstilen erkannt werden. Noch wichtiger aber ist der Sensibilisierungseffekt. Ob es um die verschiedenen Modellrechnungen geht und welche Folgerungen daraus zu ziehen wären, ob um die Förderung einer binnenorientierten Dritte Welt-Wirtschaft oder schließlich um das schwierigste Problem, den Abbau des Militarismus: Die Lebensstil-Diskussion scheint geeignet, diejenigen bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, aus denen sich später die notwendigen Strukturveränderungen ergeben können. „Neuen Lebensstil“ könnte man in diesem Zusammenhang als „Vorgriff auf eine umfassende Solidarität aller Menschen“ (Ansgar Ahlbrecht) definieren.

In einem Punkt allerdings ist zu warnen: vor der Erwartung nämlich, die Lebensstil-Diskussion könnte selbst schon die fertigen Rezepte für die notwendigen Veränderungen der Produktionsstrukturen und Marktmechanismen bringen. Wer diese Hoffnung hegt, kann leicht enttäuscht werden. Die Initiativen und Aktionen der Lebensstilgruppen bewegen sich mehr auf der Ebene des Modell-

haften und Idealtypischen, wie auch die ganze Lebensstil-Diskussion selbst mehr einen symbolischen Wert und Charakter hat.

Trotzdem macht sie uns aber auf einen, auch für die Kirchen äußerst wichtigen Tatbestand aufmerksam: unser westlicher Lebensstil kann nicht der Lebensstil der ganzen Menschheit sein. Und unsere Zukunft ist nur gesichert, wenn auch die ärmeren Völker eine Zukunft haben. Hier als „Anwalt der Armen“ ihre Aufgabe wahrzunehmen, dazu ist auch die Kirche herausgefordert.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. „Schöpfung, Technik und Überleben der Menschheit: ... und füllet die Erde“ in: Hanfried Krüger (Hrsg.), Jesus Christus befreit und eint. Vorträge von Nairobi, Beiheft Nr. 30 zur ÖR, Frankfurt/M. 1976, S. 100.

² Hanfried Krüger / Walter-Müller-Römheld (Hrsg.), Bericht aus Nairobi 1975. Frankfurt 1976, S. 106.

³ Wilhelm Fahlbusch, „Wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeit kontra neuen Lebensstil“ in: Magok (= Materialien zur Arbeit der Gruppe „Offene Kirche“) 1+2/1976, S. 16.

⁴ Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg (Hrsg.), Soziale Gerechtigkeit und internationale Wirtschaftsordnung, Entwicklung + Frieden, München — Mainz 1976, S. 3—28. Schlußabschnitt „Neuer Lebensstil?“ S. 25—28.

⁵ „Some notes on the discussion about the New Life-Style“. Unveröffentlichtes Manuskript.

⁶ „Wirtschafts- und sozialpolitische Notwendigkeiten contra neuen Lebensstil“ in: Magok 1+2/1976, S. 16.

⁷ Memorandum der GKKE, in: Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg, S. 27.

⁸ „Von Finanzhilfe bis Asylrecht. Elemente einer glaubhafteren Entwicklungspolitik“, in: Lutherische Monatshefte, Heft 6/1977, S. 327.

⁹ Ulrich Albrecht, Peter Lock, Herbert Wulf, „Militärhilfe und Rüstungsexporte in Entwicklungsländer“ in: Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg, S. 120.

¹⁰ „Das solidarische Haushalten. Für ein bewußteres und humaneres Konsumieren“, in: Lutherische Monatshefte, Heft 6/1977, S. 317.

¹¹ Hermann Kunst / Heinrich Tenhumberg, S. 27.

Anhang

Thesen zum Thema „Weltwirtschaftspolitik und ‚Neuer Lebensstil‘“

VON WOLFGANG SCHWEITZER

1. Fachleute erklären uns, daß die Menschheit gegenwärtig vor zwei besonders schwer zu lösenden Aufgaben steht: a) Wir müssen lernen, daß das bisherige Wachstum der Bevölkerung der Erde und unser bisheriges Wirtschaftswachstum in naher Zukunft auf Grenzen stoßen werden; wenn wir uns auf diese Grenzen nicht rechtzeitig einstellen, wird die Zahl der leidenden, hungernden und vor-